

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**12.01.2023
HHA**Fraktion DIE LINKE**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251

Inhalt des Antrags: **Ausbau der Psychosozialen Zentren für Geflüchtete zu Therapiezentren**

Einzelplan **08** **Hessisches Ministerium für Soziales und Integration**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 06 Bezeichnung Freiwillige Transferleistungen

Produktnummer 058 Bezeichnung Förderung von Maßnahmen zur Flüchtlingsbetreuung und -integration

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
Produktterfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	7.845.700	5.000.000	12.845.700

Liquidität			
Einnahmen			
Ausgaben			

Veränderungen in Euro		2024		
		von	um	auf
Produktserfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	8.021.700	5.000.000	13.021.700
Liquidität				
Einnahmen				
Ausgaben				

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

Das Konzept der Psychosozialen Zentren für Geflüchtete sieht vor, dass das dort speziell geschulte Personal eine erste Diagnostik vornimmt, sowie die Klient*innen notfallmäßig versorgt bis sie in die Regelversorgung, in Kliniken und/oder ambulante psychiatrische oder psychotherapeutische Praxen, übergeführt werden können.

Zu der vielerorts sowieso schon angespannten Versorgungslage in dem Bereich kommen in der Behandlung von Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte zusätzliche Herausforderungen dazu, etwa mangelnde Erfahrung der Fachärzt*innen und Psychotherapeut*innen in der Arbeit mit Sprachmittler*innen, einschlägiges Fachwissen im Bereich der Traumafolgestörungen, sowie das Fehlen von ganzheitlichen Angeboten, die der komplexen Problemsituation der Betroffenen gerecht werden können.

Da die Psychosozialen Zentren bereits über umfangreiches Wissen und Erfahrung in der Arbeit mit traumatisierten Geflüchteten verfügen, sind sie die geeignete Stelle um die Versorgungslücke für diese Gruppe von Betroffenen zu schließen. Um Ihr Tätigkeitsgebiet auf mittel- und langfristige psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung auszuweiten, brauchen die PSZ zusätzliche Mittel, die hier mit einer Million pro Standort veranschlagt werden.

Wiesbaden, 12.01.23

Für die Fraktion
DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende:

Jan Schalauske